



„Man muss neue Wege gehen“

Welche Verbesserungen in der **Sommerbetreuung** die Team K-Landtagsabgeordnete **Maria Elisabeth Rieder** fordert. Und was nach Doris Albenberger, Sprecherin der Allianz für Familie, die Umsetzung neuer Konzepte in Südtirol zusätzlich erschwert.



Kinderbetreuung im Sommer:
Für viele Eltern alle Jahre wieder ein Problem.

von **Sandra Fresenius**

Schaut man dieser Tage auf die winterliche und vielerorts schneebedeckte Landschaft draußen, scheint die warme Jahreszeit noch weit entfernt. Viele Eltern jedoch müssen sich bereits jetzt gedanklich mit dem Sommer auseinandersetzen, wenn es um die Suche nach einer geeigneten Betreuung ihrer Kinder geht.

Die Anmeldungen für die Angebote starten im Januar an sogenannten Click-Days. „Es ist ein einziger Stress, wenn dieser Tag auf einen Arbeitstag fällt. Der Spießrutenlauf fängt also schon mit den Anmeldungen an“, sagt Maria Elisabeth Rieder, Landtagsabgeordnete des Team K. Und oftmals würden die Plätze für die Kindergärten- und Schulkinder dann nicht einmal ausreichen. Damit wird die Zeit von Mitte Juni bis Anfang September wie alle Jahre für viele berufstätige Eltern erneut zu einer großen Herausforderung.

Neben dem Mangel eines entsprechenden Angebots, können sich einige Familien zudem die mit der Teilnahme an der Betreuung anfallenden Kosten nicht leisten. Seitdem der Sommerkindergarten 2020 abgeschafft worden ist, obliegt die Organisation der Kinderbetreuung den Gemeinden und privaten Trägerorganisationen, die dabei finanziell durch das Land unterstützt werden. Zudem steht die Mehrheit der Angebote nur für einen Teil der Sommerferien zur Verfügung. Kontinuität und Planungssicherheit für die Familien bleiben damit auf der Strecke. „Soziallandesrätin Rosmarie Pamer hätte bei ihrem Amtsantritt zwar viel versprochen und auch einen

entsprechenden Arbeitstisch eingerichtet, nur konkrete Ergebnisse sei sie bislang schuldig geblieben, kritisiert Rieder.

„Es ist gut, dass verschiedene Vereine und Träger eine Sommerbetreuung anbieten, aber es müsste ein übergreifendes Angebot geben unter Einbeziehung der Kindergärten und Schulen sowie deren Angestellten“, sagt die Team K-Landtagsabgeordnete. Das würde für die Eltern und ihre Kinder Kontinuität versprechen und auch die für die Betreuung anfallenden Kosten besser kalkulierbar machen. „Es ist ja nicht so, dass man irgendjemanden hier etwas wegnehmen würde“, sagt Rieder. Sicher seien private Träger aufgrund des Personalmanagements ebenso an einer Zusammenarbeit interessiert. Das ganze Schul- bzw. Kindergartenjahr sei man um Qualität bemüht, da passt es nicht ins Bild, dass in den Ferien eine andere Messlatte angelegt würde, so die Team K-Landtagsabgeordnete. Alle Interessierten, ob Eltern oder Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, müssten sich zusammensetzen und nach einer Lösung suchen, verlangt Rieder. Es bräuchte zeitnah, das heißt bereits für die Sommerbetreuung im Jahr 2026, eventuell auch die Bereitstellung zusätzlicher Gelder; um dem Fachkräftemangel in den Bildungseinrichtungen entgegenzuwirken, nennt die Team K-Frau den Kern des Problems: „Man muss bereit sein, neue Wege zu gehen und die alten ausgetretenen Pfade zu verlassen.“

In der 2021 durchgeführten Südtiroler Familienstudie gab rund die Hälfte der befragten 30- bis 39-Jährigen an, in Zukunft keine oder keine weiteren Kinder bekommen zu wollen, unter anderem aus Gründen der Unvereinbarkeit von

Familie und Beruf. „Mit einer verlässlichen Sommerbetreuung wäre vielen Eltern sehr geholfen. Auch die finanzielle Problematik, die viele Familien umtreibt, hängt unmittelbar damit zusammen“, sagt Doris Albenberger, Sprecherin der Allianz für Familie. Da in Südtirol deutlich mehr Frauen berufstätig sind, sei das Problem der Kinderbetreuung nochmal stärker spür-



Maria Elisabeth Rieder



Doris Albenberger

barer als in anderen Regionen Italiens. Vor allem die arbeitstechnische und politische Trennung der Ressorts Bildung und Betreuung würde die Behandlung der Thematik aufgrund verschiedener Richtlinien und Mitarbeiter zusätzlich erschweren. „Das ganze System ist ein Flickenteppich. Es gibt kein Gesamtkonzept, weil das Angebot von Gemeinde zu Gemeinde unter-

„Es gibt kein Gesamtkonzept, weil das Angebot von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich ist, was natürlich auch einer Chancengleichheit im Wege steht.“

schiedlich ist, was natürlich auch einer Chancengleichheit im Wege steht“, ärgert sich Albenberger. Zwar würden die Landesräte Pamer und Achammer gut zusammenarbeiten, aber bislang sei trotz der Einrichtung eines Arbeitstisches noch wenig von dem Angekündigten umgesetzt worden. Überdies müsste sich der Arbeitstisch nicht nur aus Personen der Politik zusammensetzen, sondern vor allem aus jenen, die direkt von der Problematik betroffen sind, das heißt Eltern, Familienorganisationen, Wirtschaft und Vereine, verlangt Albenberger.